

## Film

## Inklusion

## Innovation

### Familien-Drama



Alice Miller (1923-2010) war als Psychoanalytikerin weltberühmt. Ihre Bestseller wie „Das Drama des begabten Kindes“ sind bis heute ein Begriff. Doch dem eigenen Sohn konnte sie keine gute Kindheit sichern. Offenbar re-inszenierte sie ohnmächtig ihr verdrängtes Trauma. Aufgearbeitet wird dies in dem Schweizer Dokumentarfilm „Who’s afraid of Alice Miller“ von ihrem Sohn Martin Miller (Foto: SwissDok.). Seite 5

### Trommel-Kreise



Ein Drum Circle ist ein Trommelkreis mit verschiedenen Teilnehmern und Trommeln, bei dem jeder mitmachen kann. Die Lübecker Musikpädagogin und systemische Beraterin Helga Reihl ist Drum Circle-Expertin. Sie moderiert Drum Circles in Teams, bei Vereinen, in Unternehmen oder bei Kongressen bis zu einer Stärke von 600 Personen. Aktuell entwickelt sie auch ein Angebot für traumatisierte Frauen. Seite 15

### „Kiosk“-Beratung



Der „Gesundheitskiosk“ – ein in Hamburg-Billstedt gestartetes bundesweit einmaliges Projekt – fördert messbar die Gesundheit in sozial benachteiligten Hamburger Stadtteilen. Eine Studie ergab, dass die Quote vermeidbarer Krankenhauseinweisungen durch das niedrigschwellige Projekt um knapp 19 Prozent gesunken sei. Auch Migranten mit psychischen Problemen finden hier ein Ohr – in vielen verschiedenen Sprachen. Seite 17

# Hoffnung auf Aufbruch

## Große Erwartungen an eine Ampelkoalition

Am Thema psychische Gesundheit wird das Zustandekommen einer Ampelkoalition nicht scheitern. Derweil ist die Hoffnung auf Verbesserungen durch das – wahrscheinliche – Dreierbündnis groß. Triologischer Expertenbeirat und Psychiatrieberichterstatter könnten ebenso wie der – vor allem von Psychotherapeutenverbänden (und auch der FDP) geforderte – Therapieplatzausbau in greifbare Nähe rücken. Ebenso flächendeckende Krisenversorgung und verbindlichere Vernetzung, während die Kliniken auf Auswege aus der desolaten Personallage hoffen. Suchtpolitisch dürften Modellprojekte für Cannabis-Legalisierung gesetzt sein. Am problematischen Grundsystem – der als „Versäulung“ bezeichneten Differenzierung des Hilfesystems in eine Vielzahl von Sektoren und Trägern – wird dagegen wohl auch künftig nicht gerüttelt. So wie wegen der FDP auch an der Privatversicherung festgehalten wird.

sammenführung der psychiatrierelevanten Leistungen aus den einzelnen Sozialgesetzbüchern, Prüfung eines Psychiatrie-Globalbudgets sowie ein Bundespsychiatriegesetz. Prüfen und umsetzen sollte dies eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe.

Davon und von Visionen war kurz vor Redaktionsschluss bei einer Politdiskussion im Rahmen der (online-) Jahrestagung des Dachverbands Gemeindepsychiatrie keine Rede, wohl aber vom Wunsch nach Aufbruch. Man werde das System nicht morgen „über Bord werfen“ und was Neues bekommen, machte der SPD-Bundestagsabgeordnete Dirk Heidenblut deutlich. Das Gesundheitsausschuss-Mitglied sprach sich aber für die Schaffung von Verbindlichem für Finanzierungs- und Strukturfragen und für die Stärkung von Gemeindeverbänden aus, die Umsetzung vor Ort liege dann in der Verantwortung der örtlichen Akteure.

Im Grundsatz einig waren sich er und seine Ausschusskollegin, die Grünen-Bundestagsabgeordnete Dr. Kirsten Kappert-Gonthier, dass es eines flächendeckenden Systems an Krisendiensten bedarf, mit aufsuchendem Dienst und bundeseinheitlich und unter Einbeziehung der Kassen finanziert. Die Bremer Sozialpsychiaterin sprach sich ferner für eine „Verstetigung“ des beim Bundes-

ministerium geführten Dialogs zur Weiterentwicklung der Hilfen für psychisch erkrankte Menschen aus – und zwar im Gegensatz zu bisher nicht mehr auf SGB 5 beschränkt. Ferner warb die Dörner-Schülerin vehement für die Stärkung der Rolle der Genesungsbegleiter, die obligatorischer Bestandteil von Teams werden müssten, was Heidenblut unterstützte. An anderer Stelle hatte Kappert-Gonthier zuvor einen bundesweiten Rahmenplan für seelische Gesundheit gefordert. Ein solcher könne helfen, die „zerstückelte Versorgungslandschaft“ im Bereich der mentalen Gesundheit neu zu strukturieren und konkrete Maßnahmen „zu entwickeln und mit Fristen zu verknüpfen“.

Eine der größten Schnittmengen in ihren Wahlprogrammen haben FDP, Grüne und SPD derweil in der Drogen- und Suchtpolitik, v.a. bei der Legalisierung von Cannabis und der Entkriminalisierung von KonsumentInnen. Der SPD schwebte im Wahlprogramm eine „regulierte Abgabe“ an Erwachsene zunächst in Modellprojekten vor, die von Präventions- und Beratungsangeboten begleitet werden. FDP und Grüne sprachen von Legalisierung und „Verkauf in lizenzierten Fachgeschäften“.

Über Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen berichten wir in der nächsten Ausgabe, die Anfang Januar erscheint.



Diotima Csipai, Leiterin des Tiergartens und Fachkraft für tiergestützte Intervention, und ihre Mitarbeiterin Smilla. Foto: Welikino/Henrik Ohsten

## Tierische Therapeuten

### Von Lama bis Assistenzhund

Pferde, Lama, Meerschweinchen oder Ziege: In der Psychiatrie des Westküstenklinikums Heide findet sich im Therapie-Tiergarten für jede Krankheit bzw. Problematik der passende Vierbeiner. Begonnen hatte der tierische Therapie-Beistand mit Kringel, dem Hund der Leitenden Psychologin Christina Freytag, den diese eines Tages mit in die Klinik „schmuggelte“, um ihn bei einer Patientin einzusetzen, bei der sie nicht mehr weiter wusste. Sie bedauert, dass nicht jeder, der Tiere in

der Therapie einsetze, die richtige Qualifikation habe. Um den „Wildwuchs“ einzudämmen, setzt sich Freytag mit mehreren Kolleginnen aus der ganzen Republik für zertifizierte Kurse ein.

Eine vergleichsweise lange Ausbildung ist auch für Assistenzhunde unabdingbar, die eine immer größere Bedeutung für die Teilhabe psychisch kranker Menschen bekommen. Diese ist allerdings teuer und wird nicht von der Krankenkasse übernommen.

Seite 3 & 4

## Psychiater verzweifelt gesucht

### Sozialpsychiatrische Dienste in Not: 500 Ärzte zu wenig

BERLIN (rd). Die Gesundheitsämter in Deutschland suchen dringend Fachärzte für Psychiatrie und Psychotherapie. „Es fehlen rund 500 Vollzeitkräfte“, sagte Ute Teichert, Vorsitzende des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD).

Laut Ärztestatistik der Bundesärztekammer arbeiteten zum 31.12.2020 in den Gesundheitsämtern 224 Fachärztinnen oder psychiatrische Fachärzte (incl. Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie). Sie sind dort überwiegend im „Sozialpsychiatrischen Dienst“ tätig. Der BVÖGD bezieht sich bei sei-

ner Berechnung auf ein Personalbemessungsinstrument des „Bundesweiten Netzwerks Sozialpsychiatrischer Dienste“. Das Netzwerk hat dieses Instrument in einem mehrjährigen aufwändigen Prozess auf der Basis empirischer Datenerhebungen entwickelt und im Jahre 2018 veröffentlicht. Danach benötigen die Sozialpsychiatrischen Dienste rund 1,3 Facharztstellen pro 100.000 Einwohner, wenn sie sämtliche ihrer gesetzlichen Aufgaben erfüllen sollen. Das wären bezogen auf die 57.954.693 Einwohner der 13 Bundesländer mit Sozialpsychiatrischem Dienst am Gesundheitsamt rund 753 Vollzeitstellen.

Die FachärztInnen würden sich aktuell nicht gleichmäßig über die Gesundheitsämter verteilen, seien bei Weitem nicht alle in Vollzeit tätig und außerdem in vielen Gesundheitsämtern „in erheblichem Umfang mit Gutachten für den Amtsärztlichen Dienst beschäftigt statt mit sozialpsychiatrischen Aufgaben“, erläutert Matthias Albers aus dem Vorstand des BVÖGD. Es gehe nicht nur darum, die notwendigen Stellen in den Gesundheitsämtern zu schaffen – sie müssen auch besetzt werden. „Ohne einen arzt-spezifischen Tarifvertrag im Öffentlichen Gesundheitsdienst werden wir die Stellen nicht besetzen können.“

## AUS DEM INHALT

### FILME

Til Schweiger und seine neue Bipolar-Familie Seite 5

### MENSCHEN

Abschied und Neuanfang für Dr. Birger Dulz Seite 6

### AUFKLÄRUNG

Depressionen: Die Lehren aus der Pandemie Seite 7

### WISSENSCHAFT

Tourette, Meta-Kognitive Therapie und die Weiten Finnlands Seite 8

### WISSENSCHAFT

Hanf: Wenig Evidenz, boomendes Geschäft Seite 8

### KULTUR

Von Hopper bis Munch: Einsamkeit im Spiegel der Kunst Seite 13

### HAMBURG

„Mit Inhalten locken“: Erste Erfahrungen mit StäB Seite 14

### BÜCHER

Stärker als Hunger: Analyse der anorektischen Logik Seite 21

# Hilfe, ich krieg die Krise ...

■ Aber bitte in Bayern: Fünf Jahre Krisendienst  
Oberbayern Thema bei Gemeindepsychiatrie-Tagung

Die Forderung nach niedrigschwelligem Krisendienst ist wohl ähnlich alt wie die Psychiatriereform. Und die Umsetzung in Deutschland wie so vieles im psychiatrischen Bereich ein hochkomplexer Flickenteppich mit großen Löchern. Eine rechtliche Verankerung von Krisendiensten gibt es bislang nur in Berlin und Bayern. Als besonders erfolgreich gilt der Dienst in Oberbayern, der jüngst fünfjähriges Jubiläum feierte. Er war auch Thema bei der diesjährigen (online-)Jahrestagung des Dachverbands Gemeindepsychiatrie. Dabei wurde u.a. auch auf das suizidpräventive Element hingewiesen. Michael Maurer-Mollerus, der den oberbayerischen Dienst vorstellte, sieht aktuell einen günstigen Zeitpunkt, um das Thema bundesweit voranzutreiben und bot an, anderen, die das System als Blaupause nutzen möchten, alle Vorarbeiten frei zur Verfügung zu stellen ...

KÖLN (hin). Kostenloses Krisentelefon rund um die Uhr – und falls

nötig, rückt innerhalb von 60 Minuten ein zweiköpfiges Nothilfeteam an, was in rund 20 Prozent der Anrufenden nötig wird. Dieses System wurde seit 2016 sukzessive aufgebaut, sei einem Jahr läuft es in allen 20 Landkreisen und den kreisfreien Städten München, Ingolstadt und Rosenheim auf vollen Touren. Die Nachfrage ist groß: Insgesamt haben rund 130.000 Mal hilfesuchende Menschen die kostenfreie Nummer 0800/655 3000 gewählt – ob Betroffene, Angehörige, Freunde oder Bekannte. „Wir rechnen mit 50-60.000 Anrufen im Jahr“, so Michael Maurer-Mollerus.

Die mobilen Einsatzteams führten in den vergangenen Jahren knapp 10.000 Hausbesuche und persönliche Beratungen durch. Die Teams setzen sich zusammen aus Sozialpädagogen, Fachkrankenplegern und Psychologen, die alle nach einem speziellen Curriculum fortgebildet wurden. Insgesamt sind in Oberbayern 900 Krisenhelfer im Einsatz, allesamt geringfügig beschäftigt.

Das kostet. Als sie den Bedarf auf 14 Millionen Euro Kosten für den Bezirk geschätzt hätten (3,1 Millio-

nen Euro für die Kosten einer Leitstelle übernimmt das Land), hätten sie nicht damit gerechnet, dass das Projekt umgesetzt wird, so Maurer-Mollerus. Krankenkassen beteiligen sich bisher nirgends an Krisendiensten. Im CSU-Land Bayern aber war der politische Rückenwind für eine Finanzierung aus Steuermitteln groß. Der Beschluss für den Dienst sei einstimmig gewesen – und die politische Rückenstärkung sei auch geblieben. So, als es um die hohen Vorhaltekosten in Gebieten mit weniger Notfällen ging, die aber gleichwertig ausgestattet bleiben sollen. „Wir sind zwei- bis dreimal an einen Punkt geraten, an dem wir ohne den klaren Einsatz der Politik an der Verwaltung gescheitert wären“, so Michael Maurer-Mollerus. Er riet: „Es rechnet sich, intensiv mit Politikern ins Gespräch zu gehen.“

Die Struktur wurde so eingerichtet, dass sich die regional sehr unterschiedlichen Bedürfnisse über einen Lenkungsausschuss abbilden können. „Wir geben nur den Rahmen vor, es wird nichts übergestülpt.“ Das Ganze habe auch äußerst positive Auswirkungen auf die Vernetzung insgesamt.

## Angeklagte klagt über Beeinträchtigungen

■ Langwieriger Prozess um Gewalttaten im Oberlinhaus gestartet

POTSDAM (epd). Zum Auftakt des zunächst auf zehn Verhandlungstage angelegten Prozesses wegen der Tötung von vier Schwerstbehinderten im Potsdamer Oberlinhaus hat die angeklagte langjährige Mitarbeiterin über ihre psychischen Beeinträchtigungen und angeblichen Personalmangel in der evangelischen Einrichtung berichtet. Mit häufig zwei statt wie vorgesehen drei Pflegern pro Frühshift hätten viele Klienten nicht aus den Betten geholt, gewaschen und angezogen werden können, sagte Ines R. vor dem Landgericht Potsdam aus. Die 52-Jährige muss sich

dort wegen Mordes und weiterer Straftaten verantworten. Die Staatsanwaltschaft geht von einer erheblich verminderten Schuldfähigkeit aus. (AZ: 21 Ks 6/21).

Ines R. soll Ende April mit einem Messer vier schwerstbehinderte Menschen getötet und eine weitere Frau schwer verletzt haben. Sie war in der Tatnacht festgenommen worden und am Folgetag in eine psychiatrische Klinik eingewiesen worden. Sie befand sich nach eigener Darstellung seit langer Zeit in Psychotherapie und in psychiatrischer Behandlung mit Medikamenten.

## Kritik an Komplexbehandlung

■ Auflagen und Änderungen gefordert

BERLIN (rd). Der GBA-Beschluss zur berufsgruppenübergreifenden Versorgung von schwer psychisch Kranken mit komplexem Behandlungsbedarf (der EPPENDORFER berichtete) ist in der Kritik: Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) sprach von einem „bescheidenen Anfang“, wie es Dr. Gabriel Gerlinger für den Fachverband in der „Ärzte Zeitung“ ausdrückte. Als kritikwürdig sieht die DGPPN die „sehr hochschwelligeren Regelungen“ zur Bildung der Netzverbände, die aus mindestens zehn Partnern bestehen müssen. Das sei besonders in ländlichen Regionen nicht erfüllbar. Die weitere Bedingung, wonach alle Leistungserbringer über einen vollen Versorgungsauftrag verfügen müssen, werde bei den Psychologischen Psychotherapeuten zum Problem, da inzwischen jeder zweite von ihnen in Teilzeit arbeite. Auch Soziotherapeuten, die ebenfalls mitma-

chen sollen, gebe es zu wenig. Hürden wie diese ließen befürchten, dass Netzverbände gerade dort nicht entstehen, wo sie am dringendsten benötigt würden: in ländlichen Regionen. Bemängelt wird ferner, dass aufsuchende Behandlungen noch kurz vor Abschluss der langwierigen Beratungen des GBA gestrichen worden seien.

Auch die Deutsche Psychotherapeuten-Vereinigung (DPTV) hat die Verabschiedung einer Erstfassung der „KSV-Psych-RL“ begrüßt, sieht aber erhebliche Umsetzungs-Hemmnisse und fordert das Ministerium auf, die Richtlinie nur unter Auflagen zu genehmigen. Die DPTV kritisiert u.a. unter Verweis auf Facharztmangel, dass schwer psychisch kranke Patienten, die an der Komplexversorgung teilnehmen, eine differenzialdiagnostische Abklärung durch einen Facharzt durchlaufen sollen, „obwohl sie bereits ein Erstgespräch im Rahmen einer psychotherapeutischen Sprechstunde absolviert haben“.

## Brief aus der Hauptstadt



Über dem Zentrum der Macht: Die begehbare Kuppel des Berliner Reichstags. Foto: pixabay

## Von Nachbarn und Machbarem

Es gab in Berlin ein wenig Aufregung, ob der Berichterstattung zum Thema Psychiatrie. Spiegel online schreibt in einem langen Artikel kritisch über einen heiligen Gral der Psychiatrie. Ausgerechnet die Klinik, die sich nach dem Weddinger Modell zur Öffnung nach außen verpflichtet hat und den Sozialraum und die häusliche Umgebung ihrer Patienten in die Behandlung einbezieht, wird zum Thema der Berichterstattung, die sich mit der Frage beschäftigt, wie es den Anwohnern einer solchen stadtteilintegrierten Psychiatrie geht.

Tatsächlich gibt es eine räumliche Nähe, die eher ungewöhnlich ist. Das Schlafzimmer eines Anwohners liegt Wand an Wand mit einem Krisenzimmer, in dem Patienten gegen die Wände schlügen. Andere Nachbarn der Klinik beklagen nächtliches, stundenlanges Schreien oder öf-

Ohne Nutzer-Beteiligung können keine Musterverträge erstellt oder geändert werden oder umfassende bauliche Maßnahmen erfolgen.

Zufriedenheitsbefragungen und die Weitergabe der Ergebnisse an die Nutzer sind obligatorisch, Peers sollen gegebenenfalls bei der Erhebung eingebunden werden. Die technologische Entwicklung wurde ebenfalls berücksichtigt. Der Einsatz von künstlicher Intelligenz oder von Robotern bedarf der Einwilligung aller betroffenen betreuten Personen. Vor dem Hintergrund, dass es in einem Paragraphen heißt, für Nutzerinnen und Nutzer sei sicherzustellen, dass sie „unter Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse mit Menschen außerhalb der Wohn-

Bedarf es einer Anti-Stigma-Kampagne für Schwaben?

gemeinschaft mindestens einmal wöchentlich kommunizieren können“ ist man fast gewogen einen Roboter zu akzeptieren, der täglich zu Besuch kommt, um einen Menschen außerhalb der Wohn-

gemeinschaft zu simulieren. Das Wohn- und Teilhabegesetz Berlin fördert die Stärkung der Rechte von Menschen, die in betreuten Wohngemeinschaften leben. Ihre Rolle wandelt sich durch das Gesetz immer mehr vom Hilfeempfänger zu Menschen, die eine Dienstleistung wahrnehmen, deren Qualität durch entsprechende Aufsichtsbehörden geprüft wird. Gut so! In einer Zeit, die Abkürzungen liebt, sei noch erwähnt, dass man sich in Berlin anscheinend mit der Abkürzung WTG sehr bemüht hat. Ein ähnliches Gesetz in Brandenburg trägt das wunderschöne Akronym „BbgPBWoG“.

Ilja Ruhl

Betrifft: Abs.

Der Autor arbeitet als Sozialarbeiter bei einem gemeindepsychiatrischen Träger in Berlin. Er engagiert sich ehrenamtlich in der „Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie“ und ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“.



## IMPRESSUM

### EPPENDORFER

Zeitung für Psychiatrie & Soziales

www.eppendorfer.de

Jahrgang 35 C 42725

Verlagsanschrift:

AMEOS Nord, Regionalzentrale

Wiesenhof, 23730 Neustadt in Holstein

info@eppendorfer.de

Herausgeber:

Michael Dieckmann

AMEOS Gruppe (V.i.S.d.P.)

Internet: www.eppendorfer.de

www.ameos.eu

Abonnement & Anzeigen

aboservice@eppendorfer.de und

anzeigen@eppendorfer.de

Tel.: +49 176 300 55 139 (E. Schröder)

Redaktionsleitung, Layout und Satz:

Anke Hinrichs (hin)

Redaktionsbüro NORDWORT

Große Brunnenstr. 137, 22763 Hamburg,

Tel.: 040 / 41358524,

E-Mail: mail@ankehinrichs.de,

redaktion@eppendorfer.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Martina de Ridder, Turhan Demirel,

Sönke Dwenger, Michael Freitag (frg),

Esther Geißlinger (est),

Michael Götsche (gö), Dr. Verena Liebers,

Monika Poppe-Albrecht (mpa), Ilja Ruhl

(rd) steht für Redaktion, Agentur: epd

Druck:

Boyens Medienholding GmbH & Co. Kg.

Es gilt die Anzeigenpreisliste 2019. Der

Eppendorfer erscheint zweimonatlich und

kostet jährlich 39,50 Euro

(Sozialtarif: 25 Euro).

\* Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

\* Alle Geschlechter sind gleichberechtigt – aber Texte müssen auch gut lesbar sein. Wegen der besseren Lesbarkeit hat sich die Redaktion entschieden, überwiegend auf die zusätzliche Nutzung diverser Schreibformen bzw. auf eine Festlegung zu verzichten. Den einzelnen Mitarbeiter steht diese Entscheidung aber frei.

# Tierisch gut

■ Warum und wie die Psychiatrie Heide auf Tiere setzt / Psychologinnen wollen bessere Qualifikation durchsetzen

**Pferde, Hunde, aber auch Lama, Esel, Meerschweinchen oder Ziege: Am Westküstenklinikum Heide findet sich im Therapie-Tiergarten für jede Krankheit bzw. Problematik der passende Vierbeiner.**

Sören Brodersen (Name geändert) hält das Halfter des braunen Pferdes fest und geht los: weg vom Zaun, über den mit Gras gewachsenen Platz. Das Pferd neben ihm bildet eine lebende, warme Mauer, ohne die der Mann mit einer Angststörung den Weg unter freiem Himmel nicht schaffen könnte. „Das klappt ja sehr gut heute“, lobt Christina Freytag. Seit rund 15 Jahren setzt die Leitende Psychologin der Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik am Westküstenklinikum Heide tierische Helfer bei der Therapie ein. Ob Meerschweinchen oder Lama, ob Esel oder Ziege: Im Therapie-Tiergarten auf dem Klinikgelände finden Freytag und Diotima Csipai, Leiterin des Tiergartens und Fachkraft für tiergestützte Intervention, für jede Krankheit den passenden Vierbeiner.

Begonnen hat alles mit einem Fall, in dem Freytag nicht mehr weiterwusste: Eine Patientin drohte mit Suizid und war mit Worten nicht mehr zu erreichen. „Also habe ich meinen Mann angerufen, und der hat unseren Hund Kringel unter einer Decke in die Klinik geschmuggelt“, berichtet Freytag. Dann habe sie der Patientin gesagt, sie müsse sich jetzt um das Tier kümmern. Durch die Interaktion mit dem Hund sei die Frau aus der akuten Krise herausgekommen – und

als Freytag dem Klinikchef den Vorfall beichtete, war der helllauf begeistert. In den kommenden Jahren war „Dr. Kringel“ regelmäßig im Einsatz, weitere Tiere kamen hinzu. Heute tragen die Border-Collie-Hündinnen Smilla und Bella am Halsband Ausweise, die sie als Mitarbeiterinnen der Klinik ausweisen.

Die passionierte Reiterin Freytag brachte nicht nur Hunde, sondern auch ihre eigenen Pferde mit. Später kamen Nutztiere dazu. Jede Rasse habe Vor- und Nachteile für die Therapie, berichtet Csipai: „Ziegen sind unglaublich zielstrebig, kreativ, neugierig – das kann ich für Depression gut nutzen, weil die Patienten sie beobachten und aus ihrem Verhalten lernen können.“ Die Lamas seien eher scheu. „Da muss ich herausfinden, wie ich mich bewegen und mich nähern kann. Diese Lektion über Distanz und Nähe kann man aufs Zwischenmenschliche übertragen.“ Meerschweinchen seien durch ihre Harmlosigkeit in der Lage, nervöse und ängstliche Menschen zu beruhigen.

**Nicht jeder hat die richtige Qualifikation: „Es gibt viel Wildwuchs.“**

Wichtig ist auch, dass die Tiere nicht überfordert oder gar verletzt werden: „Das ist meine Verantwortung, dafür Sorge ich als Mittlerin zwischen Tier und Mensch“, sagt Csipai, die Fachkrankenschwester für Psychiatrie ist und zahlreiche Fortbil-

derungen für die heutige Funktion gemacht hat. Doch nicht jeder, der Tiere für die Therapie einsetze, habe die richtige Qualifikation, bedauert Freytag: „Es gibt viel Wildwuchs.“ Zwar sei nichts falsch daran, mit einem Hund auf eine Demenzstation zu gehen oder gestresste Manager auf ein Pferd zu setzen. „Aber wenn es um die Behandlung einer psychischen Krankheit geht, reicht es nicht, ein Pony hinterm Haus zu halten. Um Patienten wirklich helfen zu können, braucht es eine gute Diagnostik, und das können nur Approbierte leisten.“

Um den „Wildwuchs“ einzudämmen, setzt sich Freytag mit mehreren Kolleginnen aus der ganzen Republik für zertifizierte Kurse ein. So haben die neun Psychologinnen, alle mit Zusatzausbildung zur Reitlehrerin, in einem Pilotprojekt eine Qualifikation für pferdegestützte Therapie abgeschlossen. Das Deutsche Kuratorium für therapeutisches Reiten unterstützt das Projekt. Das Ziel sei, eine Anerkennung der Kassen zu erhalten, sagt Freytag. Der Weg dorthin sei aber vermutlich noch lang.

Dass es das Angebot am Westküstenklinikum Heide überhaupt gibt, liegt am Regionalbudget, mit dem die Klinik über Geld freier verfügen kann. Die Hunde und Pferde stellten Freytag und Csipai zur Verfügung. Außerdem helfen Spenden, besondere Wünsche zu erfüllen oder Ausbauten zu finanzieren. Daneben aber ist sehr viel freiwilliges Engagement im Spiel: „Ich staune jetzt noch über die Pionierarbeit, die wir geleistet haben“, sagt Freytag. „Das geht nur unter dem guten Schirm einer Klinik, die so ein Projekt unterstützt.“ Dennoch sei es

„Mega-viel Arbeit“ gewesen, größtenteils nicht finanziert. „Eine harte Nummer, aber ich würde es empfehlen, denn Tiere bieten den besten Zugang zu Schwerkranken.“

Alle Patienten der psychiatrischen Klinik Heide können an der Tiergestützten Therapie teilnehmen. Eine Kooperation gibt es auch mit der Schmerzklinik und in Einzelfällen mit der Onkologie. Wer es nicht zum Tierparkgelände schafft, bekommt Besuch am Bett: „Wir haben schon Ziegen und Lamas auf der Station gehabt“, berichtet Freytag.

**Esther Geißlinger**



Die passionierte Reiterin Christina Freytag brachte nicht nur Hunde, sondern auch ihre eigenen Pferde mit in die Klinik. Foto: Geißlinger

## Einsatz gegen Flashbacks und Alpträume

■ Wie geschulte Assistenzhunde psychisch kranken Menschen mehr Teilhabe ermöglichen

**Assistenzhunde bekommen eine immer größere Bedeutung für die Teilhabe psychisch kranker Menschen. Dem hat nun auch der Deutsche Bundestag Rechnung getragen: Am 22. April beschloss er mit dem Teilhabestärkungsgesetz auch gesetzliche Regelungen zu Assistenzhunden in Deutschland, der Bundesrat stimmte dem Gesetz am 28. Mai zu, welches am 1. Juli in Kraft trat. Die wichtigste Regelung: Es gibt nun einen Rechtsanspruch auf die Begleitung durch Assistenzhunde in für das Publikum offene Anlagen und Einrichtungen – zum Beispiel Geschäfte, Museen oder Arztpraxen. Auch die Ausbildung und Prüfung von Assistenzhunden ist dort geregelt.**

HAMBURG (frg). Franzy hat eine Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) und lebt in einer betreuten Wohngruppe. Immer läuft sie Gefahr, dass sie dissoziative Krampfanfälle bekommt. Zu ihren Dissoziationen gehört auch das ziellose Weglaufen (Fugue), verbunden mit Amnesien. Wenn sie dann zu sich kommt, weiß

sie nicht mehr wo sie ist und was in den vergangenen Stunden passiert ist. In zu großen Menschenmengen bekommt sie schnell Angst und verliert die Orientierung. Sie macht sich



Franzy (rechts) und ihre Labradorhündin Frieda sind ein eingespieltes Team. Foto: screenshot/youtube.del/hin

deshalb zwei Stunden vor der Zeit auf den Weg in die Berufsschule – sie will Rechtsanwaltsfachangestellte werden – wenn Bahnen und Busse noch leer sind. Aber sie hat Unter-

stützung: Immer an ihrer Seite ist Frieda, eine fünfjährige blonde Labradorhündin, die sie selbst zum Assistenzhund ausgebildet hat.

Im WDR-Format „reporter“ ist eine Reportage über die beiden erschienen (s. <https://www.youtube.com/watch?v=WayryKjGRKq>). Frieda zeigt darin, was sie kann: Wenn Franzy wegdämmert, und das passiert häufig, stupst Frieda sie an, um sie ins Hier und Jetzt zu holen. Durch Körperkontakt beruhigt sie Franzy, zeigt ihr kleinste Veränderungen ihres Körpers vor einem Krampfanfall an. Reagiert sie gar nicht mehr, bellt Frieda. Im Supermarkt blockt sie Gänge, damit niemand an Franzy herankommt, oder sie führt sie schnell zu Ausgängen. „Jeder Tag ohne Notarzteinsatz ist ein guter Tag“, sagt Franzy. Sie habe immer die Angst, dass etwas passiert, denn sie reagiere auf alle möglichen Sachen wie Blaulicht und Töne. Aber nur zu Hause zu sitzen sei auch keine Option. Frieda, die total auf sie fixiert ist, ermöglicht ihr mehr Teilhabe.

Auf Social Media klärt Franzy über das Thema Assistenzhunde für psychische Erkrankungen auf, und sie ist nicht die einzige. Auch Bundeswehrveteranen mit einer PTBS schilderten gegenüber Zeitungen, wie sehr Assistenzhunde – meist sind es Labradore und Golden Retriever – ihnen geholfen haben, zurück ins Leben zu finden. Wie sie Alpträume beenden bzw. unterbrechen, ihnen danach durch Körpernähe Sicherheit geben, Flashbacks und Dissoziationen unterbrechen, bei Panikattacken sie an einen ruhigen Ort führen und Hilfsmittel holen. Therapeuten bekommen immer mehr Anfragen von dissoziativen Klienten, die von den Leistungen der Assistenzhunde gehört haben und sich mit dem Gedanken beschäftigen, sich auch solch ein Tier anzuschaffen. Doch dies ist teuer: Die Ausbildung eines Assistenzhundes kostet einen fünfstelligen Betrag und wird nicht von der Krankenkasse übernommen.

**Ausbildung eines Assistenzhundes kostet einen fünfstelligen Betrag**

**Fortsetzung auf Seite 4**